

1880.

Abg. De l b r u c k: Wir haben bei der vorgeschlagenen Tagesordnung keineswegs allein den Antrag Richter vor Augen gehabt, sondern die auch vom Vordrner anerkannte Thatsache, daß sich in der Tabaksindustrie, und darunter verstehe ich sowohl den Tabaksbau wie den Tabakshandel und die Tabaksfabrikation, augenblicklich eine große Unsicherheit geltend macht. Ich will nicht behaupten, daß es unter allen Umständen, wenn sich in Interessententkreisen Besorgnisse geltend machen über bevorstehende Maßregeln der Gesetzgebung, Aufgabe des Reichstages sein muß, denselben durch ein Votum entgegenzutreten. Aber wir sind der Meinung gewesen, daß die besondere Lage, in welcher die Tabaksindustrie sich befindet, ein Votum des Reichstages in dieser Sache rechtfertigt und erfordert. Durch das im vorigen Jahre geschaffene Gesetz ist nach 7—8jähriger Unsicherheit eine Grundlage hergestellt worden, von der die Industrie erwarten konnte, daß sie dauernd sein werde. Durch bekannte Urtheile ist die Tabaksindustrie in dieser Zuversicht erschüttert worden und der Reichstag muß zu ihrer Beruhigung schreiten, was er kann. Redner führt nun unter Vorlesung der betreffenden Stellen aus den Verhandlungen über das Tabakssteuergesetz vom vorigen Jahre aus, daß damals sowohl die verbündeten Regierungen, wie die Redner der einzelnen Parteien einmüthig von der Ueberzeugung ausgegangen seien, es handle sich bei der Annahme der Tabakssteuer um ein Definitivum, um einen Abschluß, der der Tabaksindustrie die nothwendige Ruhe geben solle. Die verbündeten Regierungen haben das damals beschlossene Gesetz mit allen gegen eine Stimme angenommen, nicht in dem Sinne, wie der Abg. Graf Stolberg gemeint, daß ein Sperling in der Hand besser sei als eine Taube auf dem Ast, sondern weil in dieser Sache ein Abschluß nöthig gewesen sei. Wenn man auf die Steuerreform hingewiesen hat, so will ich nur bemerken, daß das Gesetz nach der Rede des Reichstanzlers vom 2. Mai mit seiner Kontrafsignatur publizirt worden ist. Ich sehe auch

keinen Grund ein, daß dies Einverständnis schon wieder in Frage gestellt werden sollte, denn bei einer Produktionssteuer ist Stabilität vor allen Dingen die Hauptsache. Ueber den Ertrag der Tabakssteuer sind wir heute noch ebenso im Unklaren, wie vor 10 Monaten. Der Beweis einer Unrichtigkeit wäre aber absolut notwendig, wenn man eine Steuerreform durch eine andere ersetzen soll. Wir müßten in unserem Antrage das Monopol nennen, weil es die einzige in Betracht kommende Steuerreform ist. Wir haben auszusprechen wollen, es liege bei der vorhandenen Sache ein Antrag auf Einführung des Tabaksmonopols außer Berechnung. Wir wollten uns einem Antrage nicht anschließen, der gewiß geeignet ist für eine Diskussion über die wirtschaftliche Seite der Frage, der aber nicht als Manifestation einer politischen Körperschaft angenommen werden kann. In diesem Sinne bitten wir Sie, unserem Antrage gemäß zu beschließen.

Abg. Frhr. v. Lerchenfeld: Der Antrag Richter ist wesentlich ein demonstrativer, er hat den Zweck, den Reichstag für die Zukunft zu binden. Die Reichsregierung aber kann insofern nicht gebunden werden, als es ihr freisteht, ihre Anträge stets aufs Neue vorzubringen. Meine politischen Freunde haben keine Lust, über die Frage, ob Monopol oder nicht, zu debattieren, aus dem einfachen Grunde, weil sie sich nicht durch ein einzelnes Mitglied des Hauses dazu wollen zwingen lassen; sie haben auch keine Lust, in Betreff dieser Frage irgend wie zu binden. Auch der Antrag Delbrück verlangt trotz seiner formellen Verschiedenheit von dem Richter's ein tieferes Eingehen in diese Frage. Auch er will, daß Regierung und Reichstag gebunden seien, eine Veränderung der vorjährigen diesbezüglichen Gesetzgebung nicht vorzunehmen.

Abg. Kopper: Wenn Herr v. Lerchenfeld sich durch ein einzelnes Mitglied des Hauses nicht zur Debatte über das Monopol will zwingen lassen, so kenne er die traurige Lage der Tabaksindustrie nicht. Graf Stolberg habe gesagt, daß Richter sein Pulver zu früh verschossen habe, weil noch gar kein Feind vorhanden sei, aber der Feind sei da, er bedrohe seit sieben Jahren die ganze Tabaksindustrie. Eine Beruhigung dieses Zustandes werde nicht früher eintreten, als bis die Regierung eine genügende Erklärung über ihre Absichten abgegeben habe.

Abg. v. Kardorff: Ich ergreife mit Vergnügen die mir durch den Antrag Richter gebotene Gelegenheit, die Tabaksfrage hier noch einmal zu diskutieren. Ich protestiere dagegen, daß man das vorjährige Gesetz hinstellt als eine Vereinbarung zwischen den verschiedenen Parteien und zwischen dem Reichstage und der Regierung, an welcher letzterer Weise nicht gerüttelt werden dürfe. Es war nur eine Vereinbarung zwischen den verschiedenen Interessenten, zwischen den Importeuren, denen man die Nachsteuer strich, und den Tabakbauern, denen man sehr niedrige Sätze zugestand. Ich werde mir jederzeit die Freiheit wahren, gegen dieses Gesetz zu agitieren. Wenn Sie die Sätze der Regierungsvorlage und die Nachsteuer bewilligt hätten, dann wäre es vielleicht für die Regierung schwierig, jetzt etwas Neues zu verlangen, bei den jetzigen niedrigen Erträgen des Gesetzes können Sie demselben die von Ihnen gewünschte Bedeutung eines Kompromisses nicht vindizieren. Das Monopol schädigt die Arbeiterinteressen durchaus nicht. Denn wenn, wie ich behaupte, dabei die Tabaks-Konsumtion nicht abnimmt, so werden dann dieselben Arbeitskräfte wie jetzt für diese Branche gebraucht. (Widerpruch links.) In gewissen Distrikten wird der Tabakbau durch das Monopol allerdings eingeschränkt, in anderen jedoch in entsprechendem Maße vermehrt werden. Der Abg. Delbrück hat, als er die Erklärung des Redners meiner Fraktion bei der Beratung des vorjährigen Gesetzes verlas, die Hauptsätze weggelassen. Diefelben bezeichnen ausdrücklich den Tabak als ein Reservevermögensobjekt.

Abg. Buhl: Der Vorredner hat behauptet, daß im vorigen Jahre über die Tabakssteuer ein wirkliches Kompromiß geschlossen sei. Der damalige Redner seiner Fraktion hat ausdrücklich konstatiert, daß er die geschlossene Vereinbarung für die gegenwärtige absehbare Zeit anerkenne und daß seine weiteren von dem Abg. v. Kardorff angeführten Äußerungen nur für eine seine Zukunft seien. Der Vorredner hat auch behauptet, daß die Einführung des Monopols keine Erschütterung in den Erwerbsverhältnissen herbeiführen werde. Dem muß ich entschieden auf Grund des Verdicts der Enquete-Kommission entgegenstehen. Wenn das Monopol Erträge liefern soll, dann kann das nur wie in Frankreich durch eine ausgiebige Befreiung der niedrigen, den weitesten Konsumtentenkreis umfassenden Tabaksorten geschehen. Im deutschen Tabakbau sind 63,000 Menschen beschäftigt, in den 11,700 deutschen Tabakfabriken 332,000 Arbeiter. Dagegen beschäftigen die für den gesamten französischen Tabakkonsum ausreichenden 16 Manufakturen im Ganzen nur 16,000 Arbeiter. Der Tabaksverbrauch dieser sämtlichen Manufakturen ist nicht so groß, wie die deutsche Tabaksproduktion. Der deutsche Tabakbau würde also unter dem Monopol, das ja viel ausländischen Tabak verarbeitet, sehr leiden. Die Abgeordneten Graf Stolberg und v. Lerchenfeld haben erklärt, sie hätten keine Veranlassung, sich durch einen Abgeordneten zur Diskussion der Monopolfrage nötigen zu lassen. Die Veranlassung zu dieser Diskussion ist nicht ein einzelner Abgeordneter, sondern die kolossale Beunruhigung der Interessentenkreise, welches durch die offiziöse Presse verursacht ist. (Sehr wahr! links. Rufe: Wo denn? rechts.) Ich erinnere an die Artikel des „Grenzboten“ und der „Post“. Der Abg. v. Kardorff behauptet, durch unsere vorjährige Verweigerung der Nachsteuer falle das ganze Gebäude des Kompromisses zusammen. Das ist nicht unsere Schuld. Hätte die Regierung schon im Februar v. J. ein Sperrgesetz erlassen, so würden 500,000 Zentner Tabak weniger steuerfrei importiert oder mit 30 Millionen Mark versteuert worden sein, während die ganze Nachsteuer nur 15 bis 16 Millionen betrug.

Abg. Windthorst: In Betreff der motivierten Tagesordnung akzeptieren wir die vom Abg. Delbrück gegebene Interpretation. Ich will nur einige in der Diskussion gefallenen Bemerkungen verüben. Wir haben mit dem Abg. v. Kardorff die Reformen in der Zollgesetzgebung erörtert und erreicht, wir stehen noch heute auf demselben Boden, stellen uns aber auf neuen. Wie wir weiter auf diesem Wege gehen, muß man uns beantworten, was wird durch das bereits Bewilligte erreicht und was wird an Reformen noch notwendig, um eine Verminderung der direkten Steuern durch die indirekten herbeizuführen. Dazu bedarf es Klarheit und eines festen Plans. So binden, bald hier bald dort eine Steuer zu bewilligen, kann ich mich nicht entschließen. Ich konstatiere das, weil man zu behaupten beginnt, daß jeder, der eine vorgelegte Steuer oder das Monopol ablehnt, von der begonnenen Reform abgeht. Im vorigen Jahre wurden dem Volke wesentliche Erleichterungen versprochen, es wurde hier ein verführerisches Bild entrollt, das ich nie in jeder Beziehung für richtig gehalten habe, jetzt wollen wir erst sehen, ob dieses Programm in den Einzelstaaten auch zur Ausführung gelangt, eher kann ich das Bedürfnis neuer Steuern gar nicht ermessen. Ich fürchte, daß selbst durch Annahme der Anträge Richter und Buhl eine gänzliche Beruhigung der Tabaksindustrie nicht erreicht wird. Denn trotz der heute abgegebenen Erklärungen wechseln die Meinungen und die Meinungen. Ich hätte dem Abg. Richter lieber gerathen, seinen Antrag nicht zu stellen, dann hätte ich auch nicht nötig gehabt, mich an der vorgezeichneten Tagesordnung zu betheiligen. (Weiterkeit.) Ist die vorhandene Beunruhigung der Tabaksindustrie begründet? Positive, offizielle Anzeichen habe ich dafür nicht, daß man die baldige Einführung des Monopols plant. Die ersten offiziellen Anzeichen dafür haben mir die heutigen Reden der Abgg. v. Lerchenfeld, v. Kardorff und Graf Stolberg gegeben. Dazu ventilen die den Regierungstreuen nahe stehenden Blätter ähnliche Gedanken. Es ist bedauerlich, daß man überhaupt derartige Blätter hat (Weiterkeit), sie stiften stets Unruh (Weiterkeit), ich möchte diese Blätter nach Cayenne und ihre Redakteure nach Samoa (Weiterkeit). Wenn die Regierung Steuern braucht, dann weise sie offen der Volksvertretung das Bedürfnis dazu nach, durch ihr jetziges vages, unbestimmtes Vorgehen kann unsere ganze Volkswirtschaft zerstört werden. (Sehr richtig!) Den Antrag Richter kann ich aus dem vom Abg.

Delbrück angegebenen formellen Gründe nicht annehmen. Dem Abg. v. Kardorff gegenüber muß ich konstatieren, daß im vorigen Jahre die Gesamtheit der Dinge und die Beschlüsse dokumentiert hat, daß beim Tabakssteuergesetz eine Vereinbarung erfolgt ist. Man kann dasselbe Spiel. Das ganze wirtschaftliche Leben beruht auf der Geldvermehrung von Interessen. Ein Abkommen liegt vor und Sie dürfen es nicht hören. Die Budgetkommission und die Regierung hat deshalb alle Petitionen nicht beachtet, welche eine Aenderung des vorjährigen Zolltarifs bezweckten. Warum wollen Sie nun gerade hier an dem Beschlossenen rütteln? Zu meinem Bedauern hat die Regierung heute nicht den gleichen Standpunkt vertreten, wie bei den Anträgen auf Aenderung des Zolltarifs. Ihr heutiges Schweigen ist für mich das zweite offizielle Zeichen, daß man an die Einführung des Monopols denkt. Da wir einmal über die Tabaksfrage sprechen mußten, so drückt unsere Resolution das Geeignete aus, ich bitte daher, sie anzunehmen. (Beifall.)

Abg. Frische erklärt den Antrag des Abg. Richter für durchaus zeitgemäß; denn man mache die Lage der Tabaksindustrie nur unsicher, damit ein Theil derselben zu Grunde gehe und so für die Einführung des Monopols die Entscheidung um so geringer werde. Schon die jetzige Besteuerung enthalte eine so erhebliche Belastung der Tabaksindustrie, daß Tausende von Arbeitern zu anderen Geschäften übergegangen oder ausgewandert seien. Auch der Antrag des Reichstagsanwalts auf die Einverleibung Altonas und der hamburger Vorstadt St. Pauli in den Zollverband sei eine Vorbereitung zum Tabaksmonopol, denn in diesen Distrikten konzentrierte sich die Tabaksfabrikation. Die Arbeiter würden, wenn der Staat allein als Arbeitgeber aufträte, ökonomisch noch viel abhängiger werden, als sie jetzt schon seien. Eigentlich könnten ja die Sozialdemokraten mit dem jetzigen Vorgehen der Regierung ganz zufrieden sein, denn dasselbe führe ihnen viele Anhänger zu; ohne die Störung der Verhältnisse und die Erbitterung, welche die neue Politik herbeigeführt habe, hätten die Sozialdemokraten in Hamburg wohl keine 13,000 Stimmen bekommen. (Hört! Redner wird für den Antrag Richter stimmen.)

Abg. Richter (Hagen): Der Abg. v. Kardorff meinte, daß wir der Regierung die Erfüllung ihrer Zusage in Bezug auf die Steuererleichterung erschweren. Wir suchen ihr diese Aufgabe möglichst leicht zu machen, können aber in der Bewilligung neuer Steuern keine Entlastung der Steuerzahler erblicken. Wir haben unsern Antrag erst eingebracht, als wir erfahren, daß die Tabaksindustriellen sich verjammeln wollten, um über die Mittel zur Befähigung der Beunruhigung zu beraten. Wir wollten allerdings alarmieren, aber nicht, um zu beunruhigen, sondern um den Widerstand gegen das Monopol nach zu rufen. Daß es eines gelinden Zwanges bedürfen würde, um den Abg. Windthorst und seine Partei zu einer bestimmten Erklärung zu provozieren, war mir nicht zweifelhaft. Ich glaube aber, man wird uns im Lande für unser Vorgehen dankbar sein. Der Abg. Windthorst hat gesagt, das Wirken der Menschen sei bis zum Vollen wandelbar. Wahrscheinlich wollte er damit sagen, daß der Reichstag sich von drei zu drei Jahren erneuere, und wenn er damit das Volk aufmerksam machen wollte, daß es sich bei dem heutigen Votum nicht beruhigen dürfe, sondern sich bei den nächsten Wahlen in Bezug auf das Monopol vorziehen müsse, so bin ich ihm für diese Andeutung sehr dankbar. Wie nothwendig es war, diese Frage hier zur Sprache zu bringen, beweist das absolute Schweigen der Regierung. Aus den Erklärungen der Abgg. Delbrück und Brühl ersehe ich zu meiner Freude, daß ein Unterschied zwischen ihrem und unserem Antrag nur in der Form besteht. Wir hatten privatim verabredet, daß die Herren von der Rechten über den Sinn des Antrages kompetente Schiedsrichter sein sollten; diese haben übereinstimmend erklärt, daß sie einen materiellen Unterschied zwischen unserem Antrage und der motivierten Tagesordnung, die ebenfalls eine direkte Ablehnung des Monopols enthalte, nicht erkennen könnten. Wir akzeptieren diese unbezweifelte, weil von gegnerischer Seite kommende Auslegung. Dabei will ich noch bemerken, daß die Herren von der Rechten ihre Äußerungen zu Gunsten des Monopols abzuschwächen bemüht waren. Keiner wollte im Namen der Fraktion, jeder wollte nur für sich sprechen. Das beweist, daß das Monopol nicht nur im Lande verloren ist, sondern auch im Hause nur vereinzelte Anhänger zählt. Wir ziehen unseren Antrag nur deshalb nicht zurück, weil die Tagesordnung sonst einseitig werden und die Debatte ohne Resultat verlaufen würde. Es kommt uns aber darauf an, daß die Majorität gegen das Monopol in einer Ziffer voll und ganz zum Ausdruck kommt. Wenn wir für die motivierte Tagesordnung stimmen, so meinen wir von unserem Standpunkte nicht ab, sondern verbessern nur das, was an unserem Antrage vielleicht zu verbessern ist. Wir thun durch ein unzweideutiges Votum das, was die Tabaksindustrie von uns zu erwarten hat und hoffen, daß mit der Annahme des Antrages definitiv über das Tabaksmonopol zur Tagesordnung übergegangen ist. (Beifall links.)

Nachdem noch der Referent der Budgetkommission Abg. v. Gordon über die bez. Petitionen berichtet hat, wird der Antrag des Fürsten Hohenlohe gegen die Stimmen der freiservativen und eines Theiles der deutsch-konservativen Partei abgelehnt, dagegen der Antrag Buhl-Delbrück in namentlicher Abstimmung mit 181 gegen 69 Stimmen angenommen. Mit der Mehrheit (Fortschritt, Nationalliberale und Zentrum) stimmen sämtliche sächsischen Abgeordneten, v. Kleist-Rasow, v. Wedell-Walchow, Marcard und Delbrück; mit der Minorität die liberale Gruppe, die meisten württembergischen und elsass-lothringischen Abgeordneten, ferner Reichensperger (Krefeld), Bernards, Fürst Carolath und Dr. Falk. — Damit ist der Antrag Richter erledigt.

Es folgt die Beratung des Antrages des Abg. Klok: den Reichsanwalt zu eruchen, halbtunlich Ermittlungen darüber anstellen zu lassen, inwieweit die neu eingeführten Gerichtskostenarten geeignet sind, auf die Rechtspflege durch Vertheuerung hindern einzuwirken, sowie von dem Ergebnis dieser Ermittlungen dem Reichstage Kenntniß zu geben.

Der Antragsteller weist an der Entstehungsgeschichte des Gerichtskostengesetzes nach, daß man dasselbe bei seinem Erlaß nur als ein provisorisches betrachtet habe; man hielt es für unzulässig, die Einnahmen der einzelnen Bundesstaaten aus der Justizverwaltung sinken zu lassen und wollte deshalb die Sätze lieber zu hoch als zu niedrig gegriffen haben. Um für die Revision des Gesetzes die nötige Grundlage zu gewinnen, wurde durch eine Resolution der Reichstages aufgefodert, binnen 4 Jahren dem Reichstage Bericht über die Wirkung des Tarifs auf die Rechtspflege zu erstatten. Indessen ist jedoch heute schon in allen Schichten der Bevölkerung die Klage allgemein, daß die Gerichtskosten zu hoch seien. Die Presse, die in diesen Dingen die wahre Vertreterin der öffentlichen Meinung ist, hört nicht auf, über diesen Uebelstand zu klagen. Wenn man aus Scheu vor den Kostenvorwürfen und Gebühren nicht mehr den Richter ansprechen mag, so ist das die schädlichste Wirkung des Gesetzes auf das allgemeine sittliche und Rechtsgelühl. (Sehr wahr!) Die Kosten sind namentlich durch die besonderen Gebühren der Gerichtsvollzieher so erhöht; es war schon beim Erlaß des Gesetzes der Kommission bedenklich, die Gerichtsvollzieher statt auf festes Gehalt auf Gebühren zu setzen. Jedenfalls muß die Höhe dieser Gebühren auch der Prüfung unterzogen werden. Dagegen darf in keinem Falle die Ermäßigung der Prozesskosten durch Verabreichung der Anwaltsgebühren erfolgen. Die Anwälte sind jetzt ein wesentlicher Theil des für die Rechtspflege erforderlichen Personals; dadurch, daß sie den Gerichten einen großen Theil ihrer früheren Arbeitslast abgenommen haben, ist die Durchführung der ganzen Gerichtsorganisation mit einem so geringen Richterpersonal nur ermöglicht worden. Die Anwälte können ihre Pflicht aber nur dann vollständig erfüllen, wenn sie im Stande sind, mit den Gebühren, die sie erhalten, ihre Stellung in der bürgerlichen Gesellschaft zu erhalten. Ich bitte Sie, durch einstimmige Annahme meines Antrages dem Volke die Beruhigung zu geben, daß die Frage

bei der Instanz angeregt ist, die allein die Entscheidung darüber hat. (Beifall.)

Abg. Staudy: Die vielfachen Klagen über die Höhe der Gerichtskosten sind nicht unbegründet. Es sind aber nicht die Pauschalsätze, deren Höhe die Klagen verursacht, sondern die Nebenkosten für Zustellung, Schreibgebühr und Zwangsvollstreckung gestalten die Kosten besonders bei kleineren Objekten sehr hoch. Es ist zwar nicht angenehm, bereits nach zwei Jahren eine Aenderung des Gesetzes zu beschließen, allein die zu Tage getretenen Uebelstände machen eine Aenderung nothig. Deshalb werden wir dem Antrag Klok zustimmen.

Abg. Reichensperger (Krefeld) wünscht, daß die Ziel-schreiberei und das Formularwesen auf den Gerichten beschränkt werde, alsdann werde es auch möglich sein, die Gerichtskosten herabzusetzen.

Nachdem noch die Abgeordneten Nordde zu Nabenau und Stettin den Antrag zur Annahme empfohlen, wird derselbe einstimmig angenommen.

Schluß 4½ Uhr. Nächste Sitzung: Donnerstag 11½ Uhr (Reichsstempelabgaben; Küstenfrachtverkehr).

* In dem Berichte über die gestrige Rede des Abg. Sonnemann muß es bei den ausländischen Werthen heißen: „die meist nur Durchschnittsartikel, aber darum für den Verkehr von nicht geringerer (statt „meist“ geringerer) Bedeutung sind.“ Ferner beträgt die Summe der städtischen Einkommensteuer in Frankfurt a. M. nicht 1,080,000 Mark, sondern 2,080,000 Mark.

Vorales und Provinziales.

Posen, 29. April.

r. [Generalkapitän v. Sandrati] der bekanntlich vor einigen Monaten zu den Offizieren von der Armee versetzt wurde, hat nunmehr unsere Stadt verlassen und seinen Wohnsitz nach Berlin verlegt.

r. Substation. Das in dem Dorfe Klein-Starolenka unter Nr. 3 belegene, dem Kaufmann Moriz Heilborn zu Breslau und dem Rentier Louis Burggaller, jetzt den Erben des letzteren gehörige Grundstück, welches mit einem Flächeninhalt von 4½ Hektare der Grundsteuer unterliegt und mit einem Grundsteuer-Neinertrage von 225 M. und zur Gebäudesteuer mit einem Nutzungswerte von 550 M. veranlagt ist, kam gestern auf dem hiesigen Amtsgericht behufs Auseinandersetzung zur nothwendigen Substation. Meistbietender blieb der Fingelei-Inspizitor Schwartenski in Dorosna mit 93,000 M. Auf dem Grundstück befindet sich eine große, von dem ehemaligen „Tellus“ vor etwa 12 Jahren errichtete Fingelei.

Wissa, 26. April. [Bilfkonzert. Gymnasialbau. Troitvorlegung. Kreis-Erziehungs-Gesellschaft. Klaudefrankheit.] Ein seltener Kunstgenuss steht uns bevor. Der königliche Hofmusikdirektor Herr Wissa aus Berlin wird bei uns am künftigen 6. Mai mit seiner aus 65 Künstlern bestehenden Kapelle ein Konzert im Kaiserhofsaal geben. — Der Bau unseres neuen Gymnasialgebäudes, sowie der Ausbau des zur Wohnung für den Gymnasialdirektor bestimmten ehemals Schiller'schen Gebäudes schreitet rüstig vorwärts. Im ersten werden bereits die Tischler- und Schlosserarbeiten, welche erstere in Höhe von c. 13,400 M. und letztere in Höhe von ungefähr 3300 M. veranschlagt sind, in den nächsten Tagen submissionsweise vergeben werden. Im Wohnhause sind die Arbeiten und Holzlieferungen auf rund 2600 Mark veranschlagt. — Nachdem ein zwischen den städtischen Behörden vereinbartes Statut für die Stadt Wissa über die Anlegung resp. Weiterführung von Granitbahnen auf den hiesigen Bürgerreigen, welches auch die Genehmigung der Aufsichtsbehörde gefunden, veröffentlicht worden ist, geht unsere Bommulation damit vor, auf beiden Seiten der Wissa-Straße und noch auf einem anderen Strassenheile Trottoirs legen zu lassen. Nach dem Statut haben die betreffenden Hausbesitzer zu den Kosten die Hälfte beizutragen. — Das diesjährige Kreiserziehungs-Gesellschaft für die Mutterungsstation Wissa beginnt mit Sonnabend den 8. Mai und endet am Mittwoch den 12. Mai. Am Mittags 8 Uhr mit der Losung sämtlicher zwanzigjährigen Militärpflichtigen des Kreises Krautau. — Unter den Pferden eines Droschkenbesizers ist die Mäufkrankheit ausgebrochen und mußte die Stallsperr angeordnet werden.

Frankfurt, 26. April. [60-jähriges Bürgerjubiläum.] Am 18. feierte hier Bildhauer Grimme, Ritter des königlichen Kronenordens 4. Klasse, sein 60-jähriges Bürgerjubiläum. Der Jubilar, obgleich 87 Jahr alt, erfreut sich einer beneidenswerthen Gesundheit und großer geistiger Frische. Gegen 11 Uhr Vormittags brachen in Deputation der städtischen Behörden, Major Herrmann vom hiesigen Jülicher Bataillon und viele andere Freunde und Bekannte ihre Glückwünsche dar. Bürgermeister Walsche hielt eine herzliche Ansprache an den Jubilar, welcher sich allgemeiner Achtung und Beliebtheit erfreut.

S. Aus dem Kreise Kröben, 25. April. [Mord. Canariterstift. Verschlebung.] Kürzlich fand man im Wasser bei der Mühle zu Gollande den Leichnam des Kreistellenhohnes Janner aus Bräslaw. Bei näherer Besichtigung derselben fand sich im Hinterkopf desselben ein Schrotkugelhieb und im Nacken und anderen Körpertheilen zahlreiche tiefe Messerhiebe, wovon einer bis tief ins Herz gedrungen war. Als der schrecklichen That verdächtig ist bereits ein Mensch zur Haft gebracht, welcher mit der Schmeißer des Ermordeten in intimen Verhältnissen gestanden haben soll, und ist die Untersuchung bereits eingeleitet. — Im Jahre 1870 gründete der Graf Adalbert v. d. Neße-Volmerstein zu Kraichst im benachbarten militärischen Kreise das deutsche Samariter-Ordensstift, welches in seiner weitem Entwicklung auch die Kranken- und Sektionspflege, sowie die Ausbildung von Diakonissen in den Bereich seiner Wirksamkeit gezogen hat und jetzt mit etwa 40 Krankenbetten ausgestattet ist. Im Herbst d. J. wird zur Aufbesserung der stark in Anspruch genommenen Mittel mit höherer Genehmigung eine Hauskollekte in den evangelischen Haushaltungen der Monarchie abgehalten werden. — Vor einigen Tagen fand der Strafgefängnis Karl Witkowski Gelegenheit, von dem Arbeits-Detachment in Woiding zu entkommen. Die betreffenden Behörden sind angewiesen worden, nach demselben zu vigiliren, ihn im Betretungsfalle zu verhaften und an die königliche Strafanstalt zu Rawitsch abzuliefern.

u. Rawitsch, 26. April. [Aus der Stadtverordneten-Versammlung.] Laut Beschluß des Magistrats und der Stadtverordneten soll auf die hierorts eingeführten fremden Biere eine Steuer gelegt werden, um den hiesigen Bräuern, die von ihren Fabriken ein bedeutenden Zuschlag, 45,000 Mk., zur Kommunalsteuer zahlen, gerecht zu werden. Um sich über den Modus der Besteuerung zu einigen, wurde in der gestrigen Stadtverordneten-Versammlung eine Kommission, bestehend aus einem Magistrats-Mitgliede, zwei Stadtverordneten und zwei Gastmännern, gewählt, die hierüber die geeigneten Vorschläge machen wird. Hierauf beschäftigte die Versammlung eine Vorlage, betreffend die Tiefbohrung auf Wasser. Ingenieur Moriz Landsbut verlangt für einen Bohrversuch bis 140 Mtr. Tiefe 6000 M., ohne Garantie für den Erfolg zu bieten. Die Versammlung erklärte die Nothwendigkeit einer solchen Wasseranlage für unsere Stadt an; es erschien ihr aber nicht rathsam, eine so bedeutende Ausgabe ohne Garantie des Erfolges zu machen, daher beschloß sie, ein öffentliches Ausschreiben des Bohrversuches zu machen.

Wreschen, 26. April. [Erlaßgeschäfts-Berichtigung.] Bei dem diesjährigen Erlaßgeschäfts wurden im hiesigen Kreise 840 Militärsichtige gemustert, davon wurden 477 auf ein Jahr zurüdgegestellt, 164 für dauernd untauglich befunden, 11 zur Ersatzreserve zweiter Klasse und 33 zur Ersatzreserve erster Klasse designirt. Für brauchbar wurden 161 befunden und zu folgenden Truppengattungen ausgerechnet: zur Infanterie 93, zur Artillerie 11, zur Kavallerie 10, zur Artillerie 12, Feldartillerie 5, reitende Artillerie 1, Pionier

Nr. 2, Garde 8, Train 2, Trainstamm 4, Oekonomie-Handwerker 11 (4 Schneider, 7 Schuster). — Die Prämierung des landwirtschaftlichen Kreisvereins Breschen kann nicht, wie in Nr. 236 der „Posener Zeitung“ angegeben worden, am 13. d. M., sondern wird am 13. nächsten Monats stattfinden.

Staats- und Volkswirtschaft.

Die „Germania.“ Lebens-Versicherungs-Aktien-Gesellschaft zu Stettin, hat nach ihrem jetzt festgestellten 22. Geschäftsabschlusse auch im Jahre 1879 wiederum günstige Erfolge und eine erhebliche Steigerung ihres Geschäftes erzielt. In Folge des Zuganges von neuen Versicherungen über 21½ Millionen Mark Kapital hob sich der Bestand, nach Abzug der durch Tod und bei Beiseiten der Versicherten erfolgten Versicherungen, auf 231½ Millionen Mark. Unter diesem Bestande waren 86½ Millionen Mark mit Anspruch auf Dividende versichert. Gegen das Vorjahr ist dieser Versicherungsbestand um 12½ Millionen Mark Kapital gewachsen. Die gesammte Prämieinnahme des Jahres 1879 belief sich auf 8,039,621 Mark. Die Zinsen aus den angelegten Fonds betrugen 1,755,852 Mark. Für 1879 fällig gewordene Versicherungsbeträge wurden ausbezahlt resp. reservirt 3,534,038 Mark. Die Sterblichkeit unter den Versicherten war für die Gesellschaft günstig. Dem Prämien-Reservefonds wurden aus der Einnahme des Jahres 1879 überwießen 3,141,914 Mark (1878: 2,572,307 Mark), der Kapital-Reserve 127,268 Mark und beliefen sich diese Fonds, zuzüglich der auf dem Konto für unvorhergesehene Ausgaben gebildeten Reserve zur Ausgleichung der Dividende auf 36,021,726 Mark. Neben diesen reich dotirten Fonds, welche gegen den Bestand am Schlusse des Vorjahres eine Vermehrung um 3,174,555 Mark (1878: 2,803,802 Mk.) erfahren haben, gewährt außerdem das Aktienkapital von 9 Millionen Mark den Versicherten der „Germania“ vollste Garantie. Die gesammten Aktiva der „Germania“ erreichten die Höhe von 47,539,748 Mark gegen 44,354,543 Mark Ende des Vorjahres. Der Ueberschuß des Jahres 1879 beträgt 1,272,677 Mark. Die Aktionäre erhalten 13½ Prozent Dividende, die mit Gewinn-Anteil Versicherten 28 Prozent ihrer im Jahre 1879 gezahlten Prämien (gegen 27 Prozent im Vorjahre) mit 921,289 Mark als Dividende, welche ihnen im Jahre 1881 durch Abrechnung auf die zu entrichtenden Prämien vergütet wird. — Im Ganzen wurden seit Einführung der Versicherung mit Dividenden-Anspruch (1871) an die mit Gewinn-Anteil bei der „Germania“ Versicherten zur Vertheilung überwießen 3,731,500 Mark, durchschnittlich 26½ Prozent jeder gezahlten vollen Jahresprämie.

Wien, 27. April, Nachmittags. Ausweis der österr.-ungar. Bank vom 23. März. *)

Notenumlauf	303,439,420 Abn.	4,446,190 Fl.
Metallschatz	168,933,991 Abn.	476,574 „
In Metall zahlb. Wechsel	20,381,964 Sum.	9,507 „
Staatsnoten, die der Bank gehören	2,037,260 Abn.	2,195,487 „
Wechsel	96,747,839 Abn.	6,900,121 „
Lombard	20,753,100 Abn.	214,500 „
Einzel- und börsenmäßig angekaufte Pfandbriefe	4,700,587 Abn.	9,500 „

*) Ab- und Zunahme gegen den Stand vom 15. April.

Telegraphische Nachrichten.

Wiesbaden, 28. April. Se. Majestät der Kaiser machte gestern mehrere Besuche und erschien Abends mit Ihrer Königl. Hoheit der Frau Großherzogin von Baden im Theater, woselbst er von dem dichtgefüllten Hause mit einer begeisterten Ovation empfangen wurde. Heute Vormittag nahm Se. Majestät die Vorträge des Hofmarschalls, Grafen Perponcher, und des Chefs des Zivilkabinetts, v. Wilnowski, entgegen. Zum Diner hat der frühere türkische Botschafter, Aristarchi Bey, eine Einladung erhalten.

Baden-Baden, 28. April. Ihre Majestät die Kaiserin ist heute Nachmittag 3¼ Uhr wohlbehalten hier eingetroffen.

Pest, 27. April. Drdoby, dessen Ernennung zum Minister für öffentliche Arbeiten und Kommunikationen morgen von dem amtlichen Blatte publizirt werden wird, wird der „Pester Korrespondenz“ zufolge demnächst dem Unterhause einen Gesetzentwurf über die Verstaatlichung der Theißbahn und die Stipulationen bezüglich der Südbahnstrecke Agram-Karlstadt vorlegen. Sodann werde die neue Organisation der ungarischen Staatsbahnen zur Durchführung gelangen. Die Frage betreffs der Pest-Semliner Bahn dürfte, derselben Korrespondenz zufolge, kaum eine rasche Lösung finden.

Pest, 28. April. Das amtliche Blatt veröffentlicht das kaiserliche Handschreiben vom 24. d., durch welches Drdoby zum Minister für die öffentlichen Arbeiten und Kommunikationen ernannt wird.

Wien, 28. April. Der „Polit. Korresp.“ wird aus Cetinje vom heutigen Tage gemeldet: Die montenegrinische Regierung hat an den türkischen Gesandten in Cetinje eine Note gerichtet, in welcher sie die Konnivenz der türkischen Behörden mit dem Widerstande der Arnauten gegen die Gebietsabtretung konstatiert, die Ausführung der Stipulationen verlangt und Entschädigungsansprüche für die verzögerte Uebergabe anmeldet. Die Note wurde sämtlichen Vertretern der auswärtigen Mächte in Cetinje abschriftlich zugestellt. Der türkische Gesandte hat der Pforte die Note telegraphisch mitgetheilt.

Petersburg, 28. April. Das durch hiesige Zeitungen bestätigte Gerücht, daß der Haupttattäter bei der Explosion im Winterpalais ergriffen sei, kann, wie unterrichtete Personen versichern, nicht in dieser Weise verifizirt werden, da von Untersuchungsergebnissen, welche den Haupttattäter bei der Explosion feststellen, absolut nichts bekannt geworden ist. Die „Agence Russe“ telegraphirt auf Anfrage wegen der gemeldeten Entdeckung des Haupttattäters bei der Explosion im Winterpalais: „In absoluter Weise kann versichert werden, daß an der ganzen Nachricht nichts Wahres ist.“

London, 28. April. Die Eröffnung des Parlaments erfolgt morgen, es wird angenommen, daß dasselbe mit einer Thronrede eröffnet werde.

London, 28. April. Nach neueren Dispositionen beschäftigt sich das Parlament morgen nur mit der Präsidentenwahl. Es verlautet, die Thronrede sei erst nach Beendigung der Wahlprüfungen zu erwarten.

Verantwortlicher Redakteur: H. Bauer in Posen.
Für den Inhalt der folgenden Mittheilungen und Anzeigen übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im April 1880.

Datum	Barometer auf Gr. rediv. in mm 82 m Seehöhe.	Wind.	Wetter.	Temp. i. Cels. Grad.
28. Nachm. 2	751,8	N schwach	trübe	+14,4
28. Abnds. 10	751,2	N lebhaft	heiter	+5,8
21. Morgs. 6	754,0	N lebhaft	trübe	+2,2

Wetterbericht vom 28. April, 8 Uhr Morgens.

Stationen.	Barom. a. 0 Gr. nachd. Meeresniv. rediv. in mm.	Wind.	Wetter.	Temp. i. Cels. Grad.
Aberdeen	768,8	N mäßig	bedeckt	8,9
Kopenhagen	759,7	NW leicht	halb bedeckt	7,4
Stockholm	758,7	N stark	halb bedeckt	2,0
Saparanda	757,9	NW stark	heiter	0,4
Petersburg	fehlt			
Moskau	756,2	OSO still	wolfig	5,4
Sofia	768,1	NW mäßig	halb bed.	7,2
Brest	761,8	NW mäßig	Reaen	7,2
Selzer	762,9	NW leicht	wolfig	7,6
Sofia	761,2	N schw.	bedeckt	6,4
Gamburg	761,3	NW still	wolfig	7,3
Swinemünde	759,4	NW still	wolkenl.	9,3
Neufahrwasser	760,2	SW schw.	wolfig	9,8
Memel	757,1	WSW fr.	wolkenlos	5,7
Paris	758,9	NW schw.	bedeckt	5,7
Krefeld	fehlt			
Karlsruhe	751,4	N leicht	bedeckt	8,0
Wiesbaden	759,5	N schw.	wolfig	10,0
Raffel	760,0	N schw.	wolfig	6,1
München	756,5	D fr.	bedeckt	7,0
Leipzig	759,9	N leicht	bedeckt	10,2
Berlin	760,5	D leicht	halb bedeckt	10,2
Wien	756,3	still	bedeckt	9,8
Breslau	759,7	D leicht	bedeckt	9,8

1) Seegang leicht. 2) Seegang leicht. 3) Seegang leicht. 4) Nachts Thau. 5) Seegang mäßig.

Ueberlicht der Witterung.
Nach ziemlich schnellem Steigen des Barometers in Scandinavien herrscht heute von Lappland bis zu den Westküsten Britanniens und Frankreichs eine vielfach starke nordöstliche Luftströmung mit meist wolfigem, aber nur stellenweise regnerischem Wetter. Trotz der dadurch bedingten bedeutenden Luftzufuhr aus höheren Breiten hat sich die Temperatur größtentheils nur wenig verändert, ist sogar in Süddeutschland mit Eintritt meist trockenen Wetters um mehrere Grade gestiegen. Nizza: Nord, still, Regen, Plus 13,8 Grad.

Deutsche Seewarte.

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 27. April Mittags 1,62 Meter.
„ 28. „ „ 1,54 „

Telegraphische Börsenberichte.

Fonds-Course.

Frankfurt a. M., 28. April. (Schluß-Course.) Schluß abge-

schwächt.
Lond. Wechsel 20,46. Pariser do. 80,92. Wiener do. 170,22. R.-M. St.-A. 146½. Rheinische do. 158½. Hess. Ludwigsb. 96½. R.-M.-Br.-Anth. 132½. Reichsanl. 100. Reichsbank 151. Darmst. 142½. Meiningen 8 93½. Ost.-ung. Bf. 713 50. Kreditaktien*) 230½. Silberrente 62. Papierrente 61½. Goldrente 75½. Ung. Goldrente 89. 1860er Loose 122½. 1864er Loose 311,00. Ung. Staatsb. 209,80. do. Odb.-Obl. II. 82½. Böhm. Westbahn 188½. Elisabethb. 159½. Nordwestb. 137½. Galizier 221½. Franzosen*) 232½. Lombarden*) 68½. Italiener —. 1877er Russen 90. II. Orientanl. 59½. Centr.-Pacific 109½. Diskonto-Kommandit —. Elbthalbahn —.

Nach Schluß der Börse: Steigend. Kreditaktien 233½, Franzosen 233, Galizier 222½, ungarische Goldrente 89½, II. Orientanleihe 60½, 1860er Loose —, III. Orientanleihe 59½, Lombarden —, Schweizer. Zentralsbahn —, Mainz-Ludwigshafen —, 1877er Russen —.

*) per medio resp. per ultimo.

Frankfurt a. M., 28. April. Effekten-Sozietät. Kreditaktien 234½, Franzosen 233½, Lombarden —, 1860er Loose 122½, Galizier 222½, österr. Silberrente —, ungarische Goldrente 89½, II. Orientanleihe 60½, österr. Goldrente —, Papierrente —, III. Orientanleihe —, 1877er Russen —, Meiningen Bank —, Fests.
Wien, 28. April. (Schluß-Course.) Die Börse verkehrte nach Eintreffen der berliner Notirungen in freundlicher Stimmung, Spekulationspapiere, ungarische Rente und Montanwerthe höher, sonst rubig. Papierrente 72,57½, Silberrente 73,10. Dentr. Goldrente 88,75, ungarische Goldrente 104,92½, 1854er Loose 122,70, 1860er Loose 130,50, 1864er Loose 173,75, Kreditloose 177,00, Ungar. Prämienl. 111,50, Kreditaktien 272,90, Franzosen 275,25, Lombarden 81,75, Galizier 207,75, Reich.-Oderb. 125,70, Pardubitzer 128,20, Nordwestb. 160,20, Elisabethbahn 183,00, Nordbahn 243,50, Dentr. Reichs-ungar. Bank —, Tür. Loose —, Unionbank 108,00, Anglo-Austr. 143,40, Wiener Bankverein 133,75, Ungar. Kredit 262,25, Deutsche Plätze 58,10, Londoner Wechsel 119,20, Pariser do. 47,20, Amsterdamer do. 98,55, Napoleons 9,49, Dufaten 5,61, Silber 100,00, Marknoten 58,72½, Russische Banknoten 1,25, Lemberg-Gernomis 170,00, Kronpr.-Rudolf 168,50, Franz-Josef 167,20.

Wien, 28. April. Abendbörse. Kreditaktien 274,75, Franzosen 276,00, Galizier 261,25, Anglo-Austr. 144,25, Lombarden 81,80, Papierrente 72,67½, österr. Goldrente 88,90, ungar. Goldrente 105,12½, Marknoten 58,7½, Napoleons 9,48, 1864er Loose —, österr.-ungar. Bank —, Nordbahn —, Sehr fest.

Wochenausweis der österr. Südbahn vom 15. bis zum 21. April 653,105 Kl., Mindereinnahme 68,864 Fl.

Brüssel, 27. April. Dentr. Papierrente 62,87½.

Petersburg, 28. April. Wechsel auf London 25½, II. Orient-Anleihe 90½, III. Orientanleihe 90½.

Florenz, 27. April. 5 pSt. Italiensche Rente 92,10, Gold 21,87.

Paris, 27. April. Boulevard-Verkehr. 3proz. Rente —, Anleihe von 1872 119,12½, Italiener —, österr. Goldrente 74½, ungar. Goldrente 89½, Türken —, Spanier ext. —, Egypter 314,00, Banque ottomane —, 1877er Russen —, Lombarden —, Türkenloose —, III. Orientanleihe —, Fests.

Paris, 28. April. (Schluß-Course.) Steigend. 3proz. amov. Rente 55,52½, 5proz. Rente 84,07½, Anleihe de 1872 119,27½, Ital. 5proz. Rente 84,40, Dentr. Goldrente 75,00, Ung. Goldrente 90½, Russen de 1877 93,00, Franzosen 587,50, Lombardische Eisenbahn-Aktien 182,50, Lombard. Prioritäten 270,00, Türken de 1865 10,85, 5proz. rumänische Anleihe 73,50.

Credit mobilier 707, Svaner ext. 17½, do. inter. 16½, Suezkanal-Aktien —, Banque ottomane 540, Societe generale 560, Credit financier 1191, Egypter 316, Banque de Paris 985, Banque d'escompte 800, Banque hypothecaire 625, III. Orientanleihe 61½, Türkenloose 37,00, Londoner Wechsel 25,28.

London, 28. April. Consols 99½, Italien. 5proz. Rente 83½, Lombarden 7½, 3proz. Lombarden alte 10½, 3proz. do. neue —, 5proz. Russen de 1871 87, 5proz. Russen de 1872 86½, 5proz. Russen

de 1873 88½, 5proz. Türken de 1865 10½, 5proz. fundirte Amerikaner 104½, Dentr. Silberrente 62½, do. Papierrente 62½, Ungar. Goldrente 89, Dentr. Goldrente 74, Spanier 17½, Egypter —, Preuß. 4proz. Consols 98½, 4proz. bair. Anleihe 98, Madridskont 3 pSt.

Newyork, 27. April. (Schluß-Course.) Wechsel auf London in Gold 4 D. 84½, C. Wechsel auf Paris 5,19½, 5pSt. fundirte Anleihe 103½, 4pSt. fundirte Anleihe von 1877 107½, Erie-Bahn 42½, Central-Pacific 1 1½, Newyork Centralbahn 130½.

Produkten-Course.

Röln, 28. April. (Getreidemarkt.) Weizen hiesiger loco 23,50, fremder loco 23,75, pr. Mai 23,60, pr. Juli 21,55, pr. November 20,95, Roggen loco 19,50, pr. Mai 17,20, pr. Juli 16,00, pr. November 15,55, Hafer loco 16,00, Rübsl loco 26,80, pr. Mai 26,70, pr. Oktober 28,50.

Bremen, 28. April. Petroleum rubig. (Schlußbericht.) Standard white loco 7,25 Br., pr. Mai 7,25 Br., pr. Juni 7,40 Br., pr. August-Dezember 7,85 Br.

Hamburg, 28. April. (Getreidemarkt.) Weizen loco rubig, auf Termine matt. Roggen loco fester, auf Termine fest. Weizen pr. April-Mai 205 Br., 204 Gd., pr. September-Dezember 196 Br., 195 Gd., Roggen pr. April-Mai 157 Br., 156 Gd., pr. September-Dezember 145 Br., 143 Gd., Hafer still. Gerste flau. Rübsl matt, loco 54, pr. Mai 53. Spiritus matt, pr. April 51½ Br., pr. Mai-Juni 50½ Br., pr. Juli-August 51 Br., pr. August-Dezember 51 Br. Raffee fest, Umfab 5000 Sack. Petroleum rubig, Standard white loco 7,10 Br., 7,00 Gd., pr. April 7,00 Gd., pr. August-Dezember 7,90 Gd. — Wetter: kühl.

Petersburg, 27. April. Produktenmarkt. Talg loco 57,00, pr. August 57,00, Weizen loco 16,50, Roggen loco 10,10, Hafer loco 5,25, Talg loco 34,00. Leinfaat (9 Pud) loco 16,75. — Wetter: Veränd. lisch.

Pest, 28. April. (Produktenmarkt.) Weizen loco matt, Termine flau, pr. Herbst 10,45 Gd., 10,50 Br. Hafer pr. Herbst 6,35 Gd., 6,45 Br. Mais pr. Mai-Juni 7,87 Gd., 7,90 Br. Rohlraps pr. August-September 13½. — Wetter: Trübe.

Amsterdam, 27. April. Bancaam 47.

Amsterdam, 28. April. Getreidemarkt (Schlußbericht.) Weizen auf Termine niedriger, pr. November 280, Roggen loco höher, auf Termine unverändert, pr. Mai 196, pr. Oktober 180. Rübsl loco 32½, pr. Mai 32½, pr. Herbst 33½.

Antwerpen, 27. April. Wollauktion sehr fest. Angeboten 2045 B., davon 1738 B. verkauft.

Antwerpen, 28. April. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen flau. Roggen rubig. Hafer behauptet. Gerste unverändert.

Antwerpen, 28. April. Petroleummarkt (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß, loco 18 bez. und Br., pr. Mai 18 Br., pr. September 19½ Br., pr. September-Dezember 20 Br. Rubig.

Paris, 28. April. (Produktenmarkt.) (Schlußbericht.) Weizen rubig, pr. April 30,90, pr. Mai-Juni 29,00, pr. Juli-August 27,50, pr. Sept. Dezember 26,75. — Mehl rubig, pr. April 63,50, pr. Mai-Juni 63,25, pr. Juli-August 59,50, pr. September-Dez. 56,75. Rübsl rubig, pr. April 77,50, pr. Mai 77,50, pr. Mai-August —, pr. September-Dezember 80,50. Spiritus weichend, pr. April 75,25, pr. Mai 71,00, pr. Mai-August 68,50, pr. September-Dezember 62,00.

Paris, 28. April. Rohrzucker behpt., Nr. 1013 pr. April pr. 100 Kilogr. 56,25, 7/9 pr. April pr. 100 Kilogramm 61,25. Weißer Zucker weich, Nr. 3 per 100 Kgr. pr. April 66,00, pr. Mai 65,50, pr. Mai-August 65,00, pr. September-Dezember —.

Bradford, 27. April. Woll matt, eher weichend, seine Sorten behauptet, wollene Garne theilweise etwas gefragt, wollene Stoffe eher thätig.

Marktpreise in Breslau am 28. April 1880.

Bestellungen der städtischen Raths-Deputation.	gute	mittlere	geringe	Maare
	Höchst. M. B.	Niedrigst. M. B.	Höchst. M. B.	Niedrigst. M. B.
Weizen, weißer	22 10	21 70	21 —	20 40
Weizen, gelber	21 50	21 30	20 80	20 —
Roggen, pro	17 40	17 20	16 80	16 60
Gerste, 100	17 10	16 60	15 90	14 90
Hafer, Kilogr.	15 60	15 40	15 20	14 80
Erbisen	19 30	18 70	17 70	16 50

Pro 100 Kilogramm

	fein	mittel	ordinäre
Raps	23 —	22 —	21 —
Rübsen, Winterfrucht	22 —	21 —	20 50
Rübsen, Sommerfrucht	22 —	21 —	18 50
Dotter	22 —	20 —	17 —
Schlagleinfaat	26 50	25 —	23 —
Hanffaar	17 —	16 —	15 —

Kleefamen, geschäftslos, rother nominell, per 50 Rlg. 32—37 bis 41—46 Mk. weißer nominell, per 50 Rgr. 42—51—60—70 M. hochfeiner über Notia bez.

Rapskuchen, behauptet, per 50 Kilogr. 6,50—6,70 M. fremde, 6,10—6,30 M.

Leinfaden, preisstehend, per 50 Rilo 9,80—10,00 M.

Lupinen, nur feine Qualitäten behauptet, per 100 Rlg. gelbe 7,20—7,80—8,20 M. blaue 7,20—7,80—8,20 M.

Thymothee, unverändert, per 50 Rlg. 18—22—25 M.

Bohnen, ohne Zufuhr, per 100 Rgr. 21,50—23,00—23,75 M.

Mais, in ruhiger Faltung, per 100 Rgr. 14,4—14,80—15,00 M.

Widen, vernachlässigt, per 100 Kilogr. 13,00—13,50—14,2 M.

Kartoffeln: per Sack (2 Heuschffel a 75 Rgr. Brutto = 150 Pfd.) beste 4,50—6,00 M., geringere 3,00—3,50 M., per Heuschffel (75 Pfd. Brutto) beste 2,25—3,00 M., geringere 1,50 bis 1,75 M. per 2 Str. 0,14—0,18 M.

Gerst. per 50 Kilogr. 2,50 bis 3,00 M.

Stroh: per Schock 600 Kilogramm 19,00—21,00 M.

Mehl: ohne Venderung, per 100 Kilogr. Bayern fein 29 50 —30,50 M. — Roggen fein 26,25 bis 27, — M. Gausbaken 25, — bis 26, — M., Roggen-Futtermehl 11 75—12 50 M., Weizenmehl 10,20 bis 10,70 M.

Breslau, 28. April. (Amtlicher Produkten-Börsen-Bericht.)

Roggen: (per 2000 Pfd.) fest. Gefundigt —, Zentner, Abgelauene Rindgisch. — ver April 164,50 Gd. per April-Mai 164,50 Gd. per Mai-Juni 164,50 bez. u. Gd. per Juni-Juli 163—163,50 bez. pr. Juli-August 157, — Br. pr. August-Sept. —, pr. September-Oktober 152 Gd. u. Br.

Weizen: pr. April 210, — Br. pr. April-Mai 210, — Br. pr. Mai-Juni 214, — Br. pr. Juni-Juli 218 Br.

Petroleum: pr. 100 Rlg. loco 27 Br. pr. April —, Hafer: Gef. — Str. pr. April und pr. April-Mai 147,50 Gd. pr. Mai-Juni 147,50 Gd. pr. Juni-Juli 150, — Br. pr. August-September —, pr. September-Oktober 152 Gd. u. Br.

Raps: pr. April 238 Br. 236 Gd. pr. April-Mai —, Rübsl: matt, Gef. — Zentner, loco 53,50 Br. pr. April und pr. April-Mai 51,50 Br. pr. Mai-Juni 51,50 Br. pr. Juni-Juli 52, — Br. pr. September-Oktober 54,25 Br. pr. Oktober-November 54,75 Br. pr. November-Dezember 55,25 Br.

Spirit: matter, Gefundigt —, Zentner, loco —, pr. April u. pr. April-Mai 59,50—7, — bez. pr. Mai-Juni 59,80—70 bez. pr. Juni-Juli 60,30 Br. pr. Juli-August 61,50 Br. pr. August-September 61,2—10 bez. pr. September-Oktober 55,50 Br.

Zinf: ohne Umfab. —

Die Börsenkommission.

